

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Frau Flinner, Kreuzeder und der Fraktion
DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/580 —**

**Einführung eines 50 %igen Beimischungszwangs von Getreide für die
Mischfutterindustrie**

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. a) Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Voraussetzungen für einen höheren Getreideanteil im Mischfutter zu verbessern sind.
b) Der Deutsche Bundestag erinnert an die Beschlußempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Drucksache 11/1347 —, in der die Annahme des Entschließungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Agrarbericht 1987 empfohlen wurde. In diesem Entschließungsantrag wird die Bundesregierung ersucht, in den Verhandlungen mit den wichtigsten internationalen Handelspartnern sicherzustellen, daß die innergemeinschaftliche Marktentlastung nicht durch verstärkte Einfuhren aus Drittländern unterlaufen wird.
c) Die Bundesregierung wird ersucht, innerhalb der EG und im Rahmen der GATT-Verhandlungen mit Nachdruck für eine Verringerung der Futtermittelimporte einzutreten.
2. Der Antrag — Drucksache 11/580 — wird abgelehnt.

Bonn, den 9. Dezember 1987

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Müller (Schweinfurt)

Vorsitzender

Paintner

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Paintner

Der Antrag der Abgeordneten Frau Flinner, Kreuzeder und der Fraktion DIE GRÜNEN – Drucksache 11/580 – wurde in der 46. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. Dezember 1987 dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur federführenden Beratung und dem Ausschuß für Wirtschaft zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner Sitzung am 13. Januar 1988 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimme eines Mitglieds der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Beratung und Beschlußfassung im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erfolgten in dessen 13. Sitzung am 9. Dezember 1987.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. für Futtermittel einen Mindestanteil von 50 % des innerhalb der EG erzeugten Getreides vorzuschreiben,
2. EG-weit auf die Einführung eines solchen Getreidebeimischungszwanges hinzuwirken.

Die Zielsetzung des Antrages wurde im Ausschuß begrüßt. Der Antrag konnte jedoch keine Mehrheit finden, weil die Verwirklichung zu Wettbewerbsverzer-

rungen zum Nachteil der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland geführt hätte. Der Antrag hätte nur Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn EG-weit die Einführung eines Getreidebeimischungszwanges zum gleichen Zeitpunkt eingeführt werden könnte. Eine Vorreiterrolle der Bundesrepublik Deutschland wurde abgelehnt. Gleichwohl war der Ausschuß der Auffassung, daß die Voraussetzungen für einen höheren Getreideanteil im Mischfutter zu verbessern seien. In diesem Zusammenhang verwies der Ausschuß auf seine Beschlußempfehlung (Drucksache 11/1347), mit dem die Bundesregierung ersucht worden ist, „in den Verhandlungen mit den wichtigen internationalen Handelspartnern sicherzustellen, daß die innergemeinschaftliche Marktentlastung nicht durch verstärkte Einfuhren aus Drittländern unterlaufen wird“.

Gleichzeitig war der Ausschuß der Auffassung, daß die Bundesregierung ersucht werden sollte, innerhalb der EG und im Rahmen der GATT-Verhandlungen mit Nachdruck für eine Verringerung der Futtermittelimporte einzutreten.

Trotz weitgehender Einmütigkeit in der Zielsetzung des Antrags – Drucksache 11/580 – konnte dieser in der Abstimmung bei den Beratungen keine Mehrheit finden. Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, die aus der Beschlußempfehlung ersichtliche EntschlieÙung dem Deutschen Bundestag zur Annahme zu empfehlen.

Bonn, den 9. Dezember 1987

Paintner

Berichterstatter